

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal Mk. 2,50.

### Inhalt:

	Seite		Seite
Der angebrohte Wirtschaftskrieg und die Arbeiter	361	Arbeiterbewegung. Einige Winke für die gewert-	
Gesetzgebung und Verwaltung. Alters- und Invaliden-		schafliche Geschichtschreibung. — Die öster-	
versicherung in der Schweiz	362	reichischen Gewerkschaften während der	
Soziales. Ausstellung für Säuglingspflege	363	Kriegszeit. — Aus den deutschen Gewerkschaften . . .	363
Kriegsfürsorge. Gegen die Erwerbstätigkeit kranker		Audere Organisationen. Die Polnische Berufs-	
Kriegsgefangener in der Schweiz	363	vereinigung im Kriegsjahr 1915	366
		Literarisches. Verzeichnis eingegangener Bücher u. Schriften	368

### Der angebrohte Wirtschaftskrieg und die Arbeiter.

Die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz haben weder in Deutschland noch in Oesterreich-Ungarn, noch im neutralen Ausland den von den beteiligten Ententemächten erhofften Eindruck gemacht. Man ist weit entfernt davon, die Veranstaltung bzw. ihr Resultat als einen bloßen Schreckschuß aufzufassen — an der Absicht und dem „guten“ Willen der Ententepolitiker ist ja nicht zu zweifeln —, aber man ist mit Recht ebenso weit entfernt davon, sich durch die Pariser Tagung ins Wodshorn jagen zu lassen. Ist doch deren Ergebnis ein indirektes Eingeständnis der Tatsache, daß man sich seiner Sache militärisch nicht mehr so ganz sicher fühlt; ob es nun gelingen wird, den Zentralmächten wirtschaftlich beizukommen, wird die Zukunft lehren. Allerdings, so einfach werden sich die Streitfragen nicht regeln, wie das unsere unentwegten Pacifisten voraussetzen. Ließt man z. B. den „Vorwärts“, dann wäre das Rezept, um dem angekündigten Wirtschaftskrieg zu entgehen, ziemlich simpel: Man verläßt sich vertrauensselig auf die Noblesse der Gegner. In Wirklichkeit läßt sich bei dem gegenwärtigen unübersichtlichen Stande der Dinge bloß eines vorhersehen: Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten werden sich je nach der industriellen Leistungsfähigkeit der einzelnen Staaten durchsetzen. Wer zuerst in den Besitz der erforderlichen Rohstoffmengen gelangen und die Möglichkeit haben wird, sie zu verarbeiten und zu verfrachten, der wird sie auch früher absetzen. Die Anstrengungen, die in dieser Beziehung werden gemacht werden müssen, dürften ungeheure sein. Von ihrem Erfolg wird es abhängen, wann die Arbeiter nach der Demobilisierung wieder Beschäftigung finden können. Die Not an Rohmaterialien wird noch verschärft werden durch den Mangel an Transportmitteln. Frachtschiffe und Waggonen werden fehlen und nicht so bald ersetzt werden können, von anderen nicht vorhersehbaren Verkehrsstörungen und den Valuta-Änderungen ganz zu schweigen. Erst nach Ueberwindung dieser und anderer Schwierigkeiten, die man gar nicht kennt, wird es möglich sein, die Produktion in Gang zu bringen.

Was speziell die Exportindustrien anbelangt, so werden sie aus den oben angedeuteten Gründen

noch langsamer zu arbeiten anfangen. Dabei dürfen die Beschlüsse der Pariser Konferenz manches Hindernis bereiten, wenn — sie zur Ausführung gelangen sollten; aber entscheidend werden nicht die bösen Absichten der englischen und französischen Politiker, als vielmehr die wirtschaftlichen Bedürfnisse Englands und Frankreichs wie der Entente-Staaten überhaupt sein. Und das gleiche gilt natürlich von den Zentralmächten und ihren Klienten. Die Entwicklung des Weltmarkts war stets reich an Ueberforderungen, auch dem gewiegehesten Wirtschaftspolitiker gibt die Wirklichkeit Rätsel auf und bringt sie Lösungen, die nicht nach irgendeinem scholastisch konstruierten Gesetze vorhergesehen werden können. Eine Mißernte vermag die stärkste agrarische Zollmauer zu sprengen; die mit der Kriegsnot eingebürgerte Frauenarbeit dürfte Folgen zeitigen, welche wir uns heute noch nicht träumen lassen; die Notwendigkeit, den gesunkenen Geldwert durch höhere Löhne auszugleichen, wird Arbeitskämpfe entfesseln, die wichtiger sein werden als die Konkurrenzkämpfe auf dem Weltmarkte. Und das wird auf England ebenso zutreffen wie auf Deutschland. Die wirtschaftliche Annäherung zwischen den Staaten des Vierbundes, dem Balkan und dem Orient, wird sich aus äußeren und inneren Notwendigkeiten vollziehen müssen und wird auch auf den Gegensatz zu den Ententestaaten abschwächend einwirken, derart daß gerade die entgegengesetzte Wirkung sich einstellen wird als die von den Ententepolitikern angestrebte und von den Radikalen in der Sozialdemokratie befürchtete: ein Ausgleich der beiderseitigen Handelsinteressen. Denn wenn schon die Rücksicht auf den Balkan und Orient eine andere Handels- und Zollpolitik erzwingt, dann ist es auch nicht denkbar, daß gegenüber Rußland wirtschaftlich ein Kriegszustand aufrechterhalten bleiben kann. Und ähnliches gilt hinsichtlich der übrigen Staaten, gilt für diese selbst. Das Bedürfnis nach Waren, nach Wiederaufbau der Wirtschaft wird so gewaltig, so unwiderstehlich sein, daß daran aller Eigensinn und alle Eigensucht der Imperialisten in Ost und West zerschellen werden. Das heute Unwahrscheinliche und Unglaubliche wird Ereignis werden — trotz aller Gehässigkeiten wird die internationale Weltwirtschaft siegen, und nicht bloß die Arbeiter, auch die Unternehmer der heute feindlichen Staaten werden sich gegenseitig suchen und auch wiederfinden. Kurz, es wird das Gegen-

teil von dem eintreten, was der bornierte Imperialismus im Verein mit rachsüchtigem Chauvinismus wollen. Die Zurückhaltung englischer und russischer Kaufmanns- und Finanzkreise zeigt, daß man eine andere Entwicklung zumindest für möglich, wenn nicht gar für wahrscheinlich hält, als sie die fanatischen Ententepolitiker, die doch einen Erfolg als Rechtfertigung für ihr wahnwitziges Verhalten brauchen, erstreben und in die Wege leiten möchten. Die Zukunft wird auch beweisen, wie sehr die Wiedervereinigung der europäischen Mächte angesichts der asiatischen Abschließungsmanöver Japans notwendig ist. Aus diesen und anderen Gründen ist die Gefahr eines Wirtschaftskrieges der kontinentalen Staaten nach dem Abschlusse des militärischen nicht übermäßig groß, wenngleich sie nicht unterschätzt oder gar völlig geleugnet werden kann.

Aber es kommt außer dem lebendigen Bedürfnis der Völker noch ein Moment in Betracht, das einer dauernden Abschließung entgegenwirkt, und zwar die industrielle Leistungsfähigkeit der Völker, die sich nicht bloß in der Kapitalkraft ihrer Unternehmer, sondern vor allem in der Geschicklichkeit ihrer Arbeiter verkörpert. Diese Leistungsfähigkeit ist ein Faktor, der für die künftige Gestaltung der Handelsbeziehungen schwer ins Gewicht fällt. Darüber gibt man sich in England kaum einer Täuschung hin, und wenn seine Jingos von der Verschmutterung Deutschlands, der Vernichtung des preußischen Militarismus und dergl. faseln, so meinen sie die Zerstörung seiner industriellen Leistungsfähigkeit. Was diese bedeutet, geht aus einer englischen amtlichen Zusammenstellung hervor, die für die Zeit von 1893—1913 folgendes Bild der Entwicklung gibt. Die Zunahme betrug in Prozenten für

	England	Deutschland
Roheisenproduktion . . .	50	32
Rohstahlproduktion . . .	136	522
Kohlenproduktion . . .	75	159
Verbrauch an Eisen . . .	55	265
Verbrauch an Kohle . . .	56	135
Wert der Einfuhr . . .	91	176
Wert der Ausfuhr . . .	141	226
Eisenbahn-Güterverkehr . .	49	141

Diese Ziffern sind nicht zu mißdeuten; sie erklären nicht bloß die Eifersucht Englands auf Deutschland, sie begründen auch die Hoffnung, daß letzteres seine industrielle Leistungsfähigkeit — wenn schon nicht steigern, so doch mindestens — beibehalten werde.

Dazu kommt aber noch — und nicht zuletzt! — die Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeitskraft selbst. Darauf ist schon wiederholt vor dem Kriege hingewiesen worden, und in den Jahrbüchern der Industrie sowohl des In- wie des Auslandes kann man die Vergleichszahlen finden, in welchen sich die persönliche Leistung der englischen, deutschen, amerikanischen Arbeiter in der Produktion (Eisen, Kohle usw. usw.) ausdrückt. Nun darf freilich nicht übersehen werden, daß diese ziffernmäßige Bewertung nicht vollkommen sein und irreführen kann. Denn persönliche Eigenschaften der Arbeiter lassen sich nicht mathematisch erfassen, ebensowenig andere Voraussetzungen ihrer Leistungsfähigkeit. Die Umstände, unter welchen die Arbeiter der verschiedenen Industriestaaten arbeiten müssen, weichen oft derart voneinander ab, daß man nach anderen Erklärungen suchen muß, als den Arbeitsbedingungen und den persönlichen Eigenschaften der Arbeiter. Sicherlich

kommen auch die materiellen Vorbedingungen, die betriebstechnischen Einrichtungen, der ganze Stand der Industrie, die Zugänglichkeit der Rohstoffe und andere Verhältnisse geographischer, klimatischer, geologischer, physikalischer Natur in Betracht. Aber schließlich ist es, doch immer wieder die menschliche Arbeitskraft und die angewendete Arbeitsmethode, die den Ausschlag gibt. Sie ist es, die den Staat aufbaut und die Produktivität erhöht.

Für Deutschland gilt das in besonderem Ausmaß und in einem Grade, der den Neid, aber auch die Bewunderung sachkundiger Ausländer erregt hat. Es sei nur an das im Jahre 1908 erschienene Buch des englischen Wirtschaftspolitikers Artur Chadwell („England, Deutschland und Amerika — Eine vergleichende Studie ihrer industriellen Leistungsfähigkeit“) erinnert, das damals allgemeine Aufmerksamkeit erregte und viel auch in der deutschen Arbeiterpresse besprochen wurde. Das Buch ist heute vielleicht zeitgemäßer als je. Denn der Engländer Chadwell ist es, der die industrielle Ueberlegenheit Deutschlands auf dessen bessere „Ordnung und Organisation“ — Ordnung natürlich nicht im polizeilichen Sinne genommen, sondern in der allgemeinen Bedeutung von geordneter Staatsverwaltung — zurückführt, der Deutschlands Arbeitsmethoden und Arbeiter für diejenigen Faktoren ansieht, welche seine Konkurrenzfähigkeit so stärken, daß es Englands und Amerikas Industrieexport zu erreichen vermag. Dabei hat Deutschland nicht die geographischen und sonstigen Vorteile Englands und Amerikas; seine industrielle Leistungsfähigkeit stützt sich auf andere Elemente, die Chadwell wissenschaftlich und objektiv zergliedert. Auf Grund seiner sehr sorgfältigen Untersuchungen kommt er zu dem Schlusse, daß die Stärke der deutschen Wirtschaft in ihrer Arbeitsorganisation liegt, deren Elemente und Methoden nicht ohne weiteres nachgeahmt werden können. An dieser seiner Ueberzeugung hält Mr. Chadwell heute noch fest. In der Februar-Nummer der englischen Zeitschrift „Nineteenth Century“ setzt er die Ausichtslosigkeit eines Wirtschaftskrieges gegen Deutschland einleuchtend auseinander und wiederum verlegt er den Schwerpunkt in die „Arbeit“. Damit meint er das Ganze der staatlichen und wirtschaftlichen Organisation. Dabei bemerkt er, daß der deutsche Arbeiter für geringeren Lohn eifriger arbeitet als der englische. — Diese und andere Aeußerungen wissenschaftlich-objektiver Sachverständiger (zumal englischer) verdienen bei den deutschen Gewerkschaftern Beachtung aus mehr als einem Grunde, worauf wir jedoch für heute nicht näher eingehen wollen. Sig m. Raff (Wien).

## Gesetzgebung und Verwaltung.

### Alters- und Invalidenversicherung in der Schweiz.

Ueber die Einführung der in weiten Volkskreisen, namentlich von der Arbeiterschaft für dringend notwendig gehaltenen Alters- und Invalidenversicherung durch die Kantone und den Bund ist in der Schweiz seit Jahren zwar viel geredet, aber wenig getan worden, so daß sie außer für die Angestellten und Arbeiter einiger Städte und der Konsumvereine noch nirgends besteht. Nun will der Kanton Glarus mit gutem Beispiel vorangehen. Nach einem vorliegenden Gesetzentwurf sollen alle Einwohner im Alter von 18 bis 50 Jahren für Invalidität und Alter versicherungspflichtig sein, und zwar Schweizer Bürger nach sechs-, Ausländer

nach zwölfmonatlichem Aufenthalt im Kanton Glarus. Das Durchschnittsalter der in Betracht kommenden Personen wird bei dem anfangs 1918 erfolgenden Inkrafttreten der Versicherung 33 bis 34 Jahre betragen. Alle Versicherten haben unterschiedslos einen Jahresbeitrag von 6 Fr. zu entrichten, die Gemeinden leisten einen Beitrag von 1 Franken per Einwohner und Jahr und die Staatskasse des Kantons will einen Jahresbeitrag von 175 000 Fr. bezahlen, wofür einige bestehende Steuern (Wirtschaftspatente, Wasserwerkssteuer usw.) etwas erhöht und andererseits Ersparnisse an den Ausgaben für Armenunterstützung verwendet werden sollen. Die Rentenauszahlungen der Versicherung sollen erst nach 5 Jahren nach ihrem Inkrafttreten begonnen werden. Die Invalidenrente beginnt mit 150 Fr. jährlich und steigt um je 10 Fr. per Jahr bis zum Höchstbetrage von 300 Fr. für die männlichen und 250 Fr. für die weiblichen Personen. Die Altersrente beginnt mit dem 65. Lebensjahre, beträgt 150 Fr. und steigt um je 30 Fr. jährlich, so daß mit dem 70. Altersjahre die Höchstrente von 300 Fr. von den männlichen und von 250 Fr. von den weiblichen Versicherten erreicht wird. Bei der Gleichheit des Versicherungsbeitrages für beide Geschlechter ist die Ungleichheit der Renten mit Benachteiligung der Frauen eine Ungerechtigkeit. Bemerkenswert ist, daß für diese staatliche Invaliden- und Altersversicherung kein neuer Verwaltungsapparat geschaffen, sondern ihre Besorgung der bestehenden allgemeinen Verwaltung übertragen werden soll. Dadurch werden die Verwaltungskosten sehr niedrig gehalten werden können. Abzuwarten bleibt dann nur, wie sich die soziale Seite der Versicherung in der Praxis machen wird.

In der am 7. Mai in Glarus abgehaltenen Landsgemeinde, die die gesetzgebende Versammlung aller stimmberechtigten Bürger des Kantons Glarus ist, wurde das Gesetz zur Einführung der Alters- und Invalidenversicherung angenommen und damit auf kleinem Gebiet ein schätzbarer sozialpolitischer Fortschritt erzielt.

## Soziales.

### Ausstellung für Säuglingspflege.

Anfang September wird im Herrenhause, Leipziger Straße 3, eine belehrende Ausstellung „Mutter und Säugling“ eröffnet, sie bleibt einen Monat für die Besichtigung des Publikums bestehen. Die Veranstaltung geht aus von den Organisationen: Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlin, Deutsch-evangelischer Frauenbund (Ortsgruppe Berlin), Katholischer Frauenbund, Jüdischer Frauenbund und Kirchlich-soziale Frauengruppe.

Die Ausstellung wird zusammengestellt vom Kaiserin-Auguste-Victoriahause, dem bekannten Zentralinstitute, und steht unter dessen dauernder Leitung. Die Ausstellung wird dem großen Publikum, bei äußerst gering bemessenem Eintrittspreis bzw. durch Ausgabe von Freikarten, die Möglichkeit geben, sich durch zahlreiche wertvolle und lehrreiche Bilder, Wachsnachbildungen, Präparate und Tabellen darüber zu unterrichten, wie die Pflege und Ernährung des Säuglings gehandhabt werden muß, um ihn gesund zu erhalten. So soll die Ausstellung mit dazu beitragen, die Erhaltung und Kräftigung unseres Nachwuchses zu gewährleisten.

## Kriegsfürsorge.

### Gegen die Erwerbstätigkeit kranker Kriegsgefangener in der Schweiz.

Das Bundescomité des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes hat sich in einer Eingabe an den Bundesrat der Eidgenossenschaft gegen die Erwerbstätigkeit kranker Kriegsgefangener gewandt, die von den Deutschen insbesondere in Davos ausgeübt werde. Von den etwa 220 Kranken in Davos-Plaz und Davos-Dorf würden Arbeiten verrichtet in den Gärten von Sanatorien, Pensionen und Privaten; Kartonnagenarbeiten zur Erlernung des Buchbinderberufes; zum „Zeitvertreib“ bei Schreinermeistern, sowie als Ausläufer. Bei Maler- und Schlossermeistern sei um Arbeit für Kriegsgefangene angefragt worden. Es handle sich in der Hauptsache um Handlangerbeschäftigung, die bei Gartenarbeiten z. B. mit 20 bis 25 Rp. die Stunde entlohnt werde.

„Durch das Eintreten auch der Kriegsgefangenen in den Arbeitsmarkt, so befürchtet man in der Arbeiterschaft von Davos, würde infolge dieser neuen Art von Lohnrückerei geradezu eine Katastrophe heraufbeschworen.“

Doch nicht nur in Davos, sondern auch in anderen Orten beginne die Konkurrenz erwerbstätiger Kriegsgefangener sich bemerkbar zu machen. Von den Kriegsgefangenen französischer Nationalität werde ausgegagt, daß auch unter ihnen sich der Vertätigungsdrang regt, und manche gern irgendeine Beschäftigung ergreifen möchten.

Die Eingabe verkennt nun durchaus nicht die Berechtigung und Nützlichkeit einer gewissen Vertätigung sowohl im Interesse des Genesungsprozesses, als auch in materieller Beziehung. Doch bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage in der Schweiz, die noch verschärft werde durch ein gewisses Auswanderungsverbot für die dienstpflichtigen Arbeiter, sei eine solche Konkurrenzvertätigung nicht angebracht. In der Eingabe wird deshalb gefordert, daß die Vertätigung der Kriegsgefangenen lediglich nur als Mittel zu rascherer und vollkommenerer Heilung und Befundung zur Anwendung gelange und ihr nicht der Stempel der Erwerbsarbeit oder gar der Schmutzkonkurrenz aufgedrückt werde.

## Arbeiterbewegung.

### Einige Winke für die gewerkschaftliche Geschichtsschreibung.

In den letzten Jahren haben verschiedene Gewerkschaften die Geschichten ihrer Organisationsentwicklung herausgebracht. Andere werden diesem Beispiel noch folgen wollen. Für diese sei es mir aus meiner eigenen Erfahrung gestattet, hier einige praktische Winke zu geben.

Die meisten der bisher vorhandenen gewerkschaftlichen Geschichtswerke greifen, was sich aus der Natur der Sache erklärt, in die vorgewerkschaftliche Zeit, die Zunftzeit zurück, die einen mehr, die anderen weniger. Ein Vergleich zeigt, daß nicht alle Verfasser verstanden haben, das reiche historische Material, das dem zielbewußt suchenden Geschichtsforscher über die Zünfte zur Verfügung steht, ihren Zwecken dienstbar zu machen. Das hat naturgemäß zur Folge gehabt, daß nicht alle die verschiedenen Verfasser dieser Geschichtswerke gleichermaßen Wertvolles und Gediegenes geschaffen haben, obwohl sie alle den guten Willen dazu besaßen. Bei den meisten ist es in erster Linie der Mangel an Zeit, der die oftmals selber erkannten Mängel verursachte. Aber das ist es doch

nicht allein. Beim eingehenden Studium mancher dieser Werke habe ich den Eindruck gewonnen, daß ihre Verfasser wohl überhaupt nicht gewußt haben, wo sie die Quellen für ihre Forschungsarbeit zu suchen haben. Denn an Quellen, zahlreichen Quellen dieser Art fehlt es nicht. Und wer sich die Mühe nicht verdrießen läßt, sie aufzufinden, dem fließen sie reichlich, überreichlich. Aber, wie eben schon erwähnt: es kostet Mühe — und Zeit! Deshalb: wer sich beauftragen läßt, „Geschichte“ zu schreiben, der sollte auch darauf dringen, daß ihm unter allen Umständen die dazu nötige Zeit zur Verfügung gestellt wird, die nun einmal zu solcher Arbeit unumgänglich notwendig ist, soll die Arbeit den künftigen Lesern und ihm zur Freude und Genugtuung gereichen.

Es ist mir natürlich auch bewußt, daß ein in leitender und verantwortlicher Stellung befindlicher Verbandsfunktionär sich nicht beliebig lange, vielleicht Jahr und Tag, seiner eigentlichen Berufstätigkeit gänzlich entziehen kann, sollen nicht sein Amt und seine Tätigkeit darunter Schaden leiden. Aber er muß sich darauf beschränken, im allgemeinen nur beratend tätig sein zu können und nur in den allerwichtigsten Angelegenheiten persönlich eingreifen zu müssen, im übrigen aber seine Arbeitskraft und Zeit möglichst ungeteilt der ihm zugewiesenen Forscherarbeit widmen zu können. Wer die zum Quellenstudium nötige freie Zeit nicht aufbringen kann, dem fehlt nicht mehr und nicht weniger als die Grundlage jeder Geschichtsschreibung, der wird also immer nur Unvollkommenes leisten, mag er sonst der beste Stilist sein und auch ein reiches Wissen sein eigen nennen können.

Anlaß zu diesen Darlegungen bietet mir ein Satz in einer der neuerdings erschienenen Verbandsgeschichten. Da heißt es in dem Vorwort derselben:

„Es wurden alle öffentlichen und mehrere Universitätsbibliotheken . . . um Auskunft angegangen . . . Die Bibliotheken versagten völlig. . .“

Da ich nicht die Absicht habe, eine Kritik des Wertes zu schreiben, dem ich diesen Satz entnehme, so unterlasse ich es, den Namen desselben anzuführen. Die Herausgeber wollen gleichfalls meine Ausführungen nicht als Kritik oder gar als Unfreundlichkeit auffassen, wenn ich sage, ich verstehe es einfach nicht, wie die Bibliotheken „versagen“ können! Ich mache mich anheischig, wenn ich die nötige Zeit dazu haben würde, für die Wirtschafts- und Jungstgeschichte jedes Berufes, der überhaupt eine derartige Geschichte aufzuweisen hat, in einem Jahre das Material für eine ganze Bibliothek Geschichte zusammenzutragen, und zwar aus einer einzigen öffentlichen Bibliothek. „Auskunft“ allerdings wird man von einer solchen schwerlich erhalten: die Bibliotheken beschränken sich im allgemeinen darauf, ihre Schätze den Suchenden zur Verfügung zu stellen. Was in den einzelnen Büchern enthalten ist, können die Verwalter bei den Zehntausenden und Hunderttausenden von Bänden, die sie betreuen, natürlich nicht wissen, sofern sie nicht selber noch neben ihrer Verwaltungstätigkeit ein Spezialstudium oder mehrere solcher betreiben. Was jeder braucht, muß er im Katalog selber suchen. Daß andere das für ihn tun, ist nicht gut zu verlangen. Aber freilich, das Auffuchen des für den jeweiligen Zweck erwünschten Materials in den Bibliothekskatalogen ist auch nicht immer einfach, weil das meiste ja nicht in Spezialwerken, sondern zumeist in allgemeinen Geschichtswerken gesucht werden muß, deren Titel oftmals ganz und gar nicht darauf schließen läßt, daß man das Gesuchte oder Gewünschte in ihnen findet. Da muß man sich also sozusagen erst hineinfinden und -finden. Denn Kenntnis der ganzen in Betracht kom-

menden Literatur ist naturgemäß bei den allerwenigsten der gewerkschaftlichen Geschichtsschreiber vorhanden. Sie hatten in ihrer Stellung anderes zu tun, als daß sie sich um Literatur und Geschichte kümmern könnten. Es gibt aber immerhin einen ziemlich einfachen Weg für den, der in die verschlungenen Pfade der Geschichtsforschung eindringen will: er suche im Konversationslexikon unter den für ihn besonders in Betracht kommenden Artikeln die Literaturangaben, die da fast immer enthalten sind und schlage die angegebenen Quellen auf. Er wird dann in jedem Geschichtswerk, das er zur Hand nimmt, immer wieder neue Quellenhinweise finden und sich so nach und nach die gesamte für seine Zwecke brauchbare Literatur erschließen.

Es muß natürlich dabei auch mancher Foliant umsonst gewälzt werden. Manches dicke Buch muß durchgesehen werden, in dem der Forscher nur ein winziges Körnlein findet. Aber schließlich trägt er doch ein reiches Material zusammen, auf das er eine wirkliche Geschichtsschreibung aufbauen kann.

Fast noch reicheres und reichlicheres Material, vielfach noch ungedrucktes, lagert in den verschiedensten Archiven, staatlichen und solchen von Städten und anderen Körperschaften, insbesondere geistlichen, aber auch in manchen Familienarchiven. Bei meiner Tätigkeit habe ich bisher nur mit den ersteren beiden zu tun gehabt und ich muß sagen, daß ich bei allen diesen — und es sind wirklich nicht ganz wenige — fast ohne jede Ausnahme das denkbar größte Entgegenkommen gefunden habe, das sich in einzelnen Fällen bis zur regsten Anteilnahme und förmlichen liebevollen Mitarbeit gesteigert hat. Manche der von mir ausgegrabenen geschichtlichen Perlen aus der Jungstgeschichte danke ich solcher eifrigen Anteilnahme. Es ist bei den Verwaltungen dieser Archive fast ausnahmslos das lebhafteste Bestreben vorhanden, die in ihnen ruhenden reichen Schätze geschichtlicher Vergangenheit an das Tageslicht gehoben zu sehen. Und wer sich an diese Archive wendet mit ganz bestimmten Angaben, was er sucht, der wird auch immer jede gewünschte Auskunft erhalten, so daß er da nicht einmal wird aufs Geratewohl suchen müssen, wie das in allgemeinen Geschichtswerken immerhin vorkommen kann.

Wer allerdings bei seinen Forschungen etwas weiter in die Vergangenheit zurückgehen will, der wird etwas Kenntnis der älteren deutschen Sprachzweige mitbringen müssen, also des Mittelnieder- und Mittelhochdeutschen. Man kann sich allerdings auch mit der Zeit hineinlesen, aber dabei ist es nicht zu vermeiden, daß manche handschriftliche Urkunde in der ersten Zeit gar nicht oder falsch verstanden werden wird. Da hilft nur wiederholtes, vergleichendes Studium. Bemerkenswert sei hierzu, daß bis zum Ausgang des 15. Jahrhunderts in den deutschsprachlichen Urkunden das Mittelniederdeutsch überwiegend Amtssprache ist. Dann wurde es durch das Mittelhochdeutsch nach und nach verdrängt, das bis dahin nur im Süden Amtssprache gewesen war. Daneben trifft man im Süden noch Alemannisch. Als Nothelfer stehen demjenigen, der sich in diese Sprachzweige hineinfinden will, in den größeren öffentlichen Bibliotheken Wörterbücher zur Verfügung. Natürlich genügen diese nicht, um die Sprache zu lernen. Ein klein wenig Sprachkenntnis und Sprachgefühl muß schon vorhanden sein.

Wer die hier gegebenen Winke beachtet, wird in der Lage sein, nötigenfalls ein ganz gutes und brauchbares Material für die Geschichtsschreibung zusammenzutragen zu können.

A. KNOLL.

**Die österreichischen Gewerkschaften während der Kriegszeit.**

Der kürzlich erschienene Bericht der österreichischen Gewerkschaftskommission über die Entwicklung und die Tätigkeit der ihr angeschlossenen Organisationen im Jahre 1915 läßt deutlich erkennen, wie sehr auch diese, gleich denen in Deutschland und wohl auch in den anderen am Weltkriege beteiligten Staaten, durch diesen beeinflusst werden. So tiefgreifend aber dieser Einfluß auch erscheint und so sehr er das Tätigkeitsgebiet auch einengt: Eine sichere Gewähr, die schon aus dem Berichte für das Jahr 1914 ersichtlich ward, bietet auch der vorliegende Bericht über das Vorjahr und verstärkt sie eigentlich noch in nicht unbeträchtlichem Ausmaße: Die österreichischen Gewerkschaften werden ungebrochen den Krieg durchhalten und unmittelbar nach seiner Beendigung ihre ererbte Tätigkeit, so wie sie diese ehemals ausübten, ohne jede Einschränkung wieder aufnehmen können. Wie gesagt: Schon der Bericht über das erste Kriegsjahr ließ diesen starken Trost mit annähernder Sicherheit erkennen; nun aber ist er zur Gewißheit geworden.

Natürlich zeigt sich in allen, die Entwicklung der Gewerkschaften kennzeichnenden Zahlen eine rücklaufende Bewegung. Doch geht diese in keinem Falle über jenes Ausmaß hinaus, welches durch die Inanspruchnahme der Arbeiterklasse für den Krieg gegeben ist; ja es bleibt sogar, was besonders erfreulich zu konstatieren ist, in einzelnen Fällen sehr auffällig hinter diesem Ausmaße im zweiten Kriegsjahre zurück. Schon die Mitgliederbewegung in beiden Kriegsjahren läßt dies sehr deutlich erkennen, trotzdem diese natürlich einen recht beträchtlichen Rückgang aufweist. Es gehörten der Gewerkschaftskommission im Berichtsjahre 52 Zentralverbände (1914: 53, 1915: 54) und 22 Landes- und Lokalvereine (1914: 20, 1915: 22) mit 2665 Ortsgruppen (1914: 3321, 1915: 4189) an. Die Veränderungen in der Zahl der Zentralverbände und der Landes- und Lokalvereine erklären sich zumeist aus Verschmelzungen verwandter Berufsorganisationen; die Verminderung der Ortsgruppen ist auf die Kriegseignisse, hauptsächlich in den Kriegsgebieten (Galizien, Bukowina, Südtirol, Küstenland) zurückzuführen. Die Mitgliederzahlen betragen am Ende des Jahres

	1913	1914	1915
männlich . . .	372 216	210 421	151 424
weiblich . . .	42 979	30 260	25 689
Zusammen . . .	415 195	240 681	177 113

**Der Verlust betrug demnach:**

	1914	1915	in beiden Kriegsjahren
männlich . . .	161 795	58 997	220 792
weiblich . . .	12 719	4 571	17 290
Zusammen . . .	174 514	63 568	238 082

Von je 100 Mitgliedern (nach dem Stande am Ende des Vorjahres) wurden weniger gezählt:

	1914	1915	1913-1915
männlich . . .	43,46	28,03	59,31
weiblich . . .	29,59	15,10	40,22
Zusammen . . .	42,03	26,41	57,34

Der Verlust an männlichen Mitgliedern erklärt sich zur Genüge aus den fortgesetzten und auch jetzt noch nicht beendeten Einberufungen zum Kriegsdienste. Diesen mußten bis zum Ende des Vorjahres rund 200 000 Gewerkschaftsmitglieder Folge leisten: Im Jahre 1914 rund 120 000, so daß sich noch außerdem ein Verlust von über 40 000 männlichen Mitgliedern ergab, jedoch im Jahre 1915 zur Hälfte eingebracht wurde, da den gezählten rund 80 000 Einberufungen

in diesem Jahre ein Verlust von nur rund 89 000 Mitgliedern gegenübersteht. Dieses letztere erfreuliche Ergebnis, welches eigentlich noch einen Gewinn von über 20 000 männlichen Mitgliedern erkennen läßt, zeigt deutlich, wie rasch die moralische Erschütterung, welche die ersten Kriegsmonate mit sich brachten, zumindest unter den männlichen Mitgliedern überwunden war.

Nicht ganz so günstig erscheint das Bild, welches die Entwicklung des weiblichen Mitgliederstandes bietet, da sich hier ein durch nichts gemildeter Verlust in beiden Kriegsjahren, im zweiten allerdings lange nicht mehr so umfangreich, wie im ersten, zeigt. Und einigermaßen wird dieser Eindruck noch verschärft durch die vermehrte Frauenarbeit, die, wie man meinen sollte, auch in den Mitgliederzahlen der Gewerkschaften entsprechenden Ausdruck finden müßte. Doch ist dem wieder entgegenzuhalten, daß jene Schichten, aus denen sich gegenwärtig der vermehrte Zuzug von Frauen zur Industriearbeit ergibt, zu wenig vom organisatorischen Bewußtsein beherrscht sind, als daß sie sofort ihren Weg in die Gewerkschaften finden könnten. Es wird wohl sehr vieler und intensiver Agitationsarbeit bedürfen, um sie diesen Weg zu führen. Weiter ist aber auch zu bedenken, daß die Umgestaltung der Friedens- zur Kriegsindustrie die Frauen weit mehr als die Männer ihrem ursprünglichen Berufe ent- und dem neuen Kriegsberufe zuführte, und sich darum die hierdurch unleugbar bewirkte Lockerung des organisatorischen Gefüges unter ihnen weit intensiver bemerkbar machte.

Nicht minder deutlich, wie die Mitgliederbewegung, läßt die Finanzgebahrung die tiefgreifenden Wirkungen des Krieges erkennen. Die Einnahmen haben, insbesondere im zweiten Kriegsjahre, eine der Mitgliederverminderung entsprechende Reduzierung erfahren, der allerdings auch die Reduzierung der Ausgaben ungefähr im gleichen Ausmaße entspricht, so daß eine Verminderung der Vermögensbestände nicht zu verzeichnen ist, diese vielmehr noch eine Vergrößerung erfahren haben, was insbesondere für die der Gewerkschaften nach dem Kriege harrenden Aufgaben von großer Bedeutung ist.

Im Vergleich mit den beiden vorhergegangenen Jahren gestalteten sich die Einnahmen wie folgt:

	1913	1914	1915
An Beitrittsgebühren	Kronen	Kronen	Kronen
An ordentlichen Beiträgen	91 075,37	61 126,32	22 952,20
An außerordentlichen Beiträgen (Vermögenserträge, Extrabeiträge usw.)	8 686 698,85	6 594 085,75	3 675 344,74
Zusammen	1 258 747,53	1 618 800,92	1 281 700,45
	10 036 521,75	8 274 012,99	4 979 997,39

Diesen Einnahmen stehen an Gesamtausgaben (mit Ausnahme der Streikunterstützungen) gegenüber: 1913: 10058 297, 1914: 9922 301,39 1915: 4995 550,57 Kronen.

Unter diesen Ausgaben interessieren am meisten jene, die für Unterstützungen verwendet wurden. Natürlich haben auch diese und insbesondere die für Arbeitslosigkeit, durch die Kriegseignisse beeinflusst, wesentliche Schwankungen erfahren. Während das Jahr 1914 ein gewaltiges Emporschnellen, hauptsächlich bewirkt durch die große Arbeitslosigkeit in den ersten Kriegswochen, erkennen läßt, zeigt das Jahr 1915 ein noch weitergehendes Sinken der entsprechenden Zahlen. Die vielen Einberufungen zum Kriegsdienste und nicht minder die Inanspruchnahme der Industrie für die Herstellung von Kriegsbedarf kommen darin recht deutlich zum Ausdruck. Am sichtbarsten erkennen wir diese Wirkungen aus folgenden Relativzahlen. Von je 100 Kronen Ausgaben entfielen

im Jahre	auf Unterstützungen insgesamt	auf Arbeitslosenunterstützung allein
1913 . . .	45,92	21,93
1914 . . .	50,53	30,48
1915 . . .	86,08	10,11

Die absoluten Ausgaben für Unterstützungen betragen:

Art des Unterstützungszweiges	Kronen	Kronen	Kronen
Reiseunterstützungen . . .	238 280,45	188 408,09	13 143,81
Arbeitslosenunterstützungen . . .	2 204 801,09	3 028 780,11	504 617,65
Krankensunterstützungen . . .	1 001 025,92	692 186,29	282 959,41
Invalidentunterstützungen . . .	369 696,81	368 752,86	372 474,47
Beihilfe in Sterbefällen . . .	259 472,28	254 333,69	296 866,56
Nofallunterstützungen . . .	543 652,82	536 198,31	331 621,87
Zusammen . . .	4 616 929,37	5 013 659,35	1 801 183,77

Die Tatsache, daß die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1915 ungefähr auf den sechsten Teil der gleichnamigen Ausgaben des Vorjahres heruntergingen, bestätigt nur das, was wir schon bei der Betrachtung der Relativzahlen sagten. Zum Teil auf die gleichen Ursachen, zum Teil aber auf die eingekürzte Freizügigkeit ist der Rückgang der Reiseunterstützung zurückzuführen. Die Steigerung der Unterstützungen bei Sterbefällen ist wohl eine der traurigsten Kriegswirkungen, da in ihr zum Teil die Kriegsoffer aus den Gewerkschaften zum Ausdruck kommen. In bezug der Nofallunterstützungen ist zu bemerken, daß diese in Wahrheit wesentlich umfangreicher sind, doch kommen sie zum großen Teil aus dem im Berichte nicht einbezogenen Streiffonds zur Auszahlung, weshalb sie auch in vorstehender Zusammenstellung nicht zur Genüge ausgewiesen erscheinen.

Die Vermögensbestände haben sich im Jahre 1914 um eine runde Million Kronen vermindert, im Jahre 1915 jedoch wieder um rund 623 000 erhöht und betragen am Ende des Jahres rund 14 357 000 Kronen.

Im Gesamten zeigt wohl, wie schon eingangs erwähnt, der Bericht der Gewerkschaftskommission insbesondere in den Mitgliederbeständen einen ziemlich beträchtlichen Rückgang. Da sich dieser jedoch zur Genüge aus den Kriegseignissen erklärt, so ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß er mit Beendigung des Krieges auch wieder sein Ende gefunden haben wird und einer neuen Blüteperiode der österreichischen Gewerkschaften weichen wird. Insbesondere ist diese zu erwarten, wenn, so wie es auch hoffentlich eintritt, das Ende des Krieges einen wirtschaftlichen Aufschwung mit sich bringt.

J. Gr.

### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Die Vorstände der vier Bergarbeiterverbände (Alter Verband, die christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine und die Polnische Berufsvereinigung) veröffentlichten in den Bergarbeiterblättern folgenden Aufruf an die Bergleute des Ruhrgebietes:

„Seit einiger Zeit wird von Elementen, die unferen Organisationen fernstehen, vielfach versucht, euch zu Unbesonnenheiten aufzureizen. Vorhandene Mißstände und die durch den Krieg herbeigeführten Erschwerungen der Lebenshaltung werden benützt, um euch zum Streiken zu verleiten.

Kameraden! Laßt euch nicht verführen! Ein allgemeiner Bergarbeiterstreik würde dem deutschen Volke das Durchhalten in dem ihm aufgedrungenen Kriege, bei dem alles auf dem Spiele steht, erschweren, den Feinden unseres Vaterlandes nützen, sie zur Weiterführung des mörderischen Streites aufstacheln und natürlich auch unseren Stand schädigen. Das darf nicht sein! Folgt deshalb nicht Unorganisierten!

Ueßt keinen Verrat an den Interessen des Vaterlandes und unseres Standes! Folgt den Organisationen! Sie vertreten eure Interessen, kennen ihre Verantwortung und tun ihr möglichstes. Wendet euch bei Beschwerden an sie, wartet ihre Schritte, Anweisungen und Erfolge ab! Vergesst nicht, daß die große Masse der Unorganisierten den Hemmschuh auf dem Wege des Fortschritts bilden. Sie sind schuld, daß bisher nicht mehr erreicht wurde! Sorgt deshalb, daß auch sie sich der Organisation anschließen und ihre Kräfte nicht mehr gegen uns, sondern mit uns wirken!

Im Bauarbeiterverband waren im Monat Juni von 76 703 berichtenden Mitgliedern 1398 arbeitslos, das sind 18 pro Tausend der Mitglieder. An Arbeitslosenunterstützung wurden 10 173 Mark ausbezahlt gegen 23 107 Mk. im Mai. Auf jeden unterstützten Arbeitslosen entfielen im Durchschnitt 13,08 Mk. Unterstützung (im Vormonat 14,47 Mark).

An der Arbeitslosenstatistik des Holzarbeiterverbandes beteiligten sich im Monat Juli 773 Zahlstellen mit 69 500 Mitgliedern. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug 3472, davon waren 877 am letzten Werktag arbeitslos. Auf je 100 Mitglieder kamen 1,26 Arbeitslose gegen 1,49 im Vormonat und 3,70 im Juli 1915. Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung betragen 6004 Mk., die für Reiseunterstützung 681 Mk.

Der „Korrespondent“ der Gutmacher teilt mit, daß die Vereinbarungen über Teuerungszulagen (siehe unter Lohnbewegungen, „Corr.-Bl.“ Nr. 34) nunmehr auch vom Arbeitgeberverband der Gutindustrie angenommen wurden.

Ueber den Stand der Beschäftigung in der Porzellanindustrie berichtet die „Ameise“, daß von 5255 berichtenden Mitgliedern in der letzten Juliwuche 8,62 Proz. arbeitslos, 25,42 Prozent beschränkt beschäftigt und 59,77 Proz. voll beschäftigt waren. Der Prozentsatz der kranken und invaliden Mitglieder war 6,18.

Ueber die bisherigen Ergebnisse der Teuerungszulagenbewegung in der Steinindustrie entnehmen wir einem Bericht im „Steinarbeiter“, daß insgesamt 16 988 Mk. wöchentliche Zulagen für zusammen 8244 Beschäftigte erreicht wurden. Davon erhielten 4041 Verbandsmitglieder 8554 Mk. und 4203 Unorganisierte 8434 Mark. Keine Teuerungszulage war zu erzielen für 558 organisierte und 963 unorganisierte Berufskollegen.

### Andere Organisationen.

#### Die Polnische Berufsvereinigung im Kriegsjahr 1915.

Mitte Mai wurde in den Organen der Polnischen Berufsvereinigung die Abrechnung dieser Organisation für das Jahr 1915 veröffentlicht. In den Erläuterungen dazu unterstreicht der Centralvorstand derselben, daß die Organisation das ganze abgelaufene Berichtsjahr „in möglichst ungünstigen Verhältnissen“ zu wirken hatte, daß das Jahr 1915 „ein Kriegsjahr im vollen Sinne dieses Wortes“ war, so daß der Kassenumsatz bedeutend geringer war als im Jahre 1914, wo „der gute Umsatz der ersten sieben Monate den schlechten Umsatz der Kriegsmonte bedeckte“, was zur Folge hatte, daß „das Ganze nicht denjenigen Rückgang aufwies, welcher am Jahres-schluß 1914 tatsächlich vorhanden war“.

Will man sich demnach überzeugen, welchen ungünstigen Einfluß der Krieg auf die Polnische Berufsvereinigung ausgeübt hat, muß man die Abrechnung für das Jahr 1915 nicht nur mit dem Rassenbericht für 1914, sondern vor allem mit der Abrechnung des Friedensjahres 1913 vergleichen.

Die tatsächlichen Einnahmen der ganzen Organisation waren kaum um 3394 Mk. höher als die Gesamtausgaben. Sie betragen in den letzten vier Jahren:

Im Jahre 1912 . . . . .	928 546 Mk.
" " 1913 . . . . .	1 064 097 "
" " 1914 . . . . .	682 686 "
" " 1915 . . . . .	309 614 "

Der Krieg hat bis zum Jahresluß 1915 derart auf die Finanzgebarung der P. B. B. eingewirkt, daß die reine Gesamteinnahme von 1 064 097 Mk. im Jahre 1913 auf nur 308 614 Mk. im Jahre 1915 fiel; sie verringerte sich also um 754 182 Mk., was einem Minus von 78,4 Proz. entspricht.

Die Haupteinnahmequelle für jede gewerkschaftliche Organisation bilden die Mitgliedsbeiträge. Die eingenommenen Eintrittsgelder spielen an sich sekundäre Rolle, sie sind jedoch insofern von Wichtigkeit, da an ihnen gemessen werden kann, welche Anziehungskraft die Organisation auf die außerhalb ihres Bereiches stehenden Arbeiter hat. In dieser Beziehung hat die P. B. B. im abgelaufenen Kriegsjahr nicht gut abgeschnitten. In allen Abteilungen hatte man an Einnahmen aus den Eintrittsgeldern nur 255,35 Mk. zu verzeichnen gehabt, während 1914 diese Position noch 5092 Mk. und 1913 sogar 16 682,80 Mk. betragen hat. Insbesondere gingen an Eintrittsgeldern ein: bei der Bergarbeiterabteilung 170,75 Mk., bei der Metallarbeiterabteilung 9,60 Mk. und bei den zusammengesetzten Abteilungen der Handwerker und Bauarbeiter 75 Mk.

Ein sehr bedeutender Rückgang äußerte sich bei den Mitgliedsbeiträgen. Seit der Verschmelzung der polnisch-nationalistischen Berufsverbände betrug die Einnahme aus denselben in den einzelnen Jahren:

Im Jahre 1910 . . . . .	627 540 Mk.
" " 1911 . . . . .	735 118 "
" " 1912 . . . . .	848 243 "
" " 1913 . . . . .	952 270 "
" " 1914 . . . . .	634 995 "
" " 1915 . . . . .	280 795 "

Gegenüber 1914 sind an Mitgliedsbeiträgen 354 200 Mk. weniger kassiert, gegenüber 1913 verringerte sich jedoch diese Einnahme um 671 475 Mk., was einen Rückgang um 70,6 Proz. darstellt. Es kann also gesagt werden, daß die Zahl der Beiträge entrichtenden Mitglieder mehr als um zwei Drittel gefallen ist. Ein Teil des Verlustes kommt auf das Konto der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder. Mindestens 20 Proz. der Mitglieder haben jedoch seit Kriegsausbruch die Organisation verlassen und keine Beiträge mehr entrichtet. Vor dem Kriege sollen alle Abteilungen der P. B. B. 75 812 Mitglieder gezählt haben. Am Jahresluß 1915 konnten sonach rund 23 000 verblieben sein. Die einzelnen Abteilungen der P. B. B. sind dabei verschieden betroffen worden. In den letzten drei Jahren betragen die Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen:

	1913 Mk.	1914 Mk.	1915 Mk.
Bergarbeiter . . . . .	589 516	408 836	215 844
Metallarbeiter . . . . .	157 080	107 805	37 449
Handwerker . . . . .	178 205	97 274	—
Bauarbeiter . . . . .	82 489	21 078	28 002

Verhältnismäßig am widerstandsfähigsten hat sich die Bergarbeiterabteilung erwiesen. Gegenüber dem Friedensjahr 1913 hatte sie an Mitgliedsbeiträgen 374 172 Mk. oder 63,5 Proz. weniger eingenommen. Schlimmer erging es der Metallarbeiterabteilung, deren Einnahme aus Mitgliedsbeiträgen, ebenfalls gegenüber 1913, sich um 119 611 Mk. oder 76,2 Proz. verminderte. Die größten Verheerungen hat der Krieg bei den Handwerker- und Bauarbeiterabteilungen bewirkt. Von der Bauarbeiterabteilung sind wohl derart winzige Bruchteile verblieben, daß man sie zweckmäßigkeitshalber der der Handwerker angliederte. Diese beiden Abteilungen verminderten aus Mitgliedsbeiträgen, im Vergleich zu dem Jahre 1913, weniger 177 692 Mk. oder 86,4 Prozent!

Mit anderen Worten geht aus den obigen Feststellungen hervor, daß von den im Jahre 1913 vorhandenen Mitgliedern am Schluß des abgelaufenen Jahres in der Abteilung der

Bergarbeiter . . . . .	36,5 Proz.
Metallarbeiter . . . . .	23,8 "
Handwerker und Bauarbeiter . . . . .	13,6 "

verblieben sind, wenn man als Unterlagen die aus den Mitgliedsbeiträgen entstandenen Beträge nimmt. Die Bergarbeiterabteilung hat einen Ueberschuß von 22 134 Mk. herausgewirtschaftet, die Metallarbeiterabteilung einen solchen von 232 Mk. Hier haben die Einnahmen mit knapper Not die Ausgaben gedeckt. Bei den zusammengesetzten Abteilungen der Handwerker und Bauarbeiter waren dagegen die Ausgaben um 6974 Mk. höher als die Einnahmen. Dieses Defizit mußte aus der Kasse des Centralvorstandes gedeckt werden durch einen Zuschuß von 7600 Mk. Trotzdem verfeilt sich das Organ der Handwerkerabteilung, „Sila“ („Die Kraft“, Nr. 6 vom 10. Juni 1916), zu der Behauptung: „Trotz des Abganges der vielen Tausende, die im Felde kämpfen, und trotz derjenigen, die aus der Organisation ausgetreten sind, waren wir befähigt, den ganzen Gang unserer Organisation zu bezahlen.“ Auf die Handwerker- und viel weniger auf die Bauarbeiterabteilung trifft dies keineswegs zu. Ohne die Beihilfe des Centralvorstandes können sie sich nicht über Wasser halten.

Den verringerten Einnahmen der Organisation stehen auch verminderte Ausgaben gegenüber. In den letzten drei Jahren betragen dieselben:

Im Jahre 1913 . . . . .	1 220 593 Mk.
" " 1914 . . . . .	733 949 "
" " 1915 . . . . .	313 308 "

Das Jahr 1914 wies ein Defizit von 51 263 Mark auf. Das finanzielle Ergebnis des Jahres 1915 war günstiger, indem man einen kleinen Ueberschuß von 3394 Mk. erzielte.

Die zur Auszahlung gelangten Unterstützungen verschiedener Art haben sich ebenfalls vermindert. Im Jahre 1913 wurden dafür insgesamt 825 281,50 Mark verbraucht, das darauffolgende Jahr erforderte eine Ausgabe von 454 913,84 Mk., im Berichtsjahre eine solche von 173 898,79 Mk. Im einzelnen sind in den letzten drei Jahren ausgegeben worden:

	1913 Mk.	1914 Mk.	1915 Mk.
Strankenunterstützung . . . . .	175 857	168 940	72 091
Beihilfe in Sterbefällen . . . . .	37 700	40 520	31 897
Streikunterstützung . . . . .	496 147	18 187	181
Arbeitslosenunterstützung . . . . .	52 488	45 134	7 966